

Sohrauer Stadtblatt

Publikations-Organ der amtlichen Behörden von Sohrau O.S., sowie der Vereine.

Mit der Gratis-Unterhaltungs-Beilage „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Ersteinst

wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend.
Wojahrespreis: Vierteljährlich frei ins Haus und bei allen Postämtern 1 Mk. 50 Pf.

Druck und Verlag von

B. Hunold's Stadtbuchdruckerei, Sohrau O.S.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Hunold.

Wichtiges Notice

für die einpaltige Zeitungs- oder deren Raum 20 Pf.
Inseraten-Annahme bis nachmittags 1 Uhr vor dem
Erscheinungstage.

Nr. 45.

Heftsp. Nr. 19

Mittwoch, den 4. Juni 1919.

Heftsp. Nr. 19

41. Jahrg.

Die territorialen Fragen.

Berlin, 30. Mai. In dem zweiten Teil der deutschen Denkschrift, der die Gegenvorschläge auf die Friedensbedingungen der alliierten und assoziierten Mächte enthält, wird in dem Abschnitt über die territorialen Fragen zunächst in Übereinstimmung mit den bekannten 14 Punkten Wilsons der Grundsatz aufgestellt, daß kein Gebiet von Deutschland abgetrennt werden darf, dessen nationale Zugehörigkeit durch Jahrhunderte lang konfliktlose Vereinigung mit dem deutschen Staatswesen unbestreitbar bewiesen ist, oder soweit dies nicht zutrifft, dessen Bevölkerung sich nicht mit der Abtrennung einverstanden erklärt hat. Diese Erklärung muß durch eine

Vollstimmung
nach Gemeinden abgegeben werden, an der alle über 20 Jahre alten männlich und weiblichen Angehörigen des deutschen Reichs teilnehmen, die in den Gemeinden ihren Wohnsitz haben und bereits ein Jahr vor dem Friedensschluß hatten. Die Wahl muß streng geheim sein. Alle Truppen müssen aus den städtischen Gebieten entfernt und die Verwaltung des Gebietes bis zur Abstimmung einer Behörde, bestehend aus Angehörigen neutraler Staaten unterstellt werden. Ferner dürfen keinerlei materielle Vorteile oder Strafen zur Beeinflussung der Abstimmung angeknüpft werden. Außerdem verlangt der deutsche Gegenvorschlag, daß der Friedensvertrag in Übereinstimmung mit dem Gedanken des Völkerbundes den nationalen Minderheiten Schutz gewährt.

Im einzelnen erhebt der deutsche Vorschlag Einspruch dagegen, daß Neutral-Moresnet und Preußisch-Moresnet ohne Volksabstimmung und Eupen sowie Namedit durch eine nicht geregelte Volksabstimmung an Belgien angegliedert werden sollen. Gegenüber dem Entente-Vorschlag über das Saargebiet wird die bereits in den deutschen Noten vom 13. und 16. Mai angebotene Lösung wiederholt, wonach der französische Kohlenbedarf vor allem durch Lieferungsverträge und Beteiligungen sichergestellt werden soll.

Auch der Vorschlag der Entente,

Elsch-Lothringen

ohne Abstimmung an Frankreich abzutreten, würde lediglich eine neue Quelle des Volkshasses schaffen. Die Einbeziehung des rheinischen Hafens von Rehl in die französische Organisation ist nicht zu rechtfertigen. Elsch-Lothringen muß einen entsprechenden Anteil an den Schulden übernehmen, die auch in seinem Interesse gemacht sind.

Deutsch-Oesterreich muß nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker die Möglichkeit haben, sich aus freiem Entschluß und ohne Zwang dem deutschen Reich anzuschließen zu dürfen.

Die Abtretung des größten Teils von Obereschlesien wird abgelehnt, da dieses Gebiet Jahrhunderte lang konfliktlos zu Deutschland gehört hat und auch bei den letzten im Jahre 1919 abgehaltenen Wahlen zur deutschen Nationalversammlung eine deutsche Mehrheit aufgewiesen hat. Ueberdies ist wichtig, daß Polen Obereschlesien nicht nötig hat, während Deutschland es nicht entbehren kann und daß im übrigen die Interessen der obereschlesischen Bevölkerung durch den Verbleib bei Deutschland am sichersten gewährleistet werden. Es liegt im Interesse der Alliierten, Obereschlesien bei Deutschland zu belassen, denn die Verpflichtungen aus dem Weltkrieg kann Deutschland höchstens mit, niemals aber ohne Obereschlesien erfüllen.

Welta Teile der Provinz

Posen

sind überwiegend deutsch bevölkert. Soweit aber die Provinz Posen unbestreitbar polnisch ist,

willigt Deutschland in die Abtretung dieser Gebiete. Die in dem Friedensentwurf gezogene Grenzlinie entspricht nicht dem Gesichtspunkte der Nationalität, sondern der strategischen Vorbereitung von Angriffen auf deutsche Gebiete. Solche Rücksichten können keine Rolle spielen, wenn die künftigen deutsch-polnischen Beziehungen unter die Regeln des Völkerbundes fallen sollen.

Westpreußen

Ist altes deutsches Land mit seiner ziffernmäßigen Mehrheit deutscher Bevölkerung, welche wirtschaftlich, sozial und kulturell der polnischen und russischen Bevölkerung weit überlegen ist. Soweit, abgesehen von dem Verbindungsweg mit Ostpreußen, welcher Deutschland unbedingt erhalten bleiben muß, westpreußische Gebietsteile unabweisbar polnisch besiedelt sind, ist Deutschland bereit, sie an Polen abzutreten. Die deutsche Regierung muß die beabsichtigte nationale Vergewaltigung Danzigs mit seiner verschwindenden polnisch sprechenden Minderheit ablehnen und fordern, daß Danzig und Umgebung bei Deutschland belassen werden. Die Regierung ist bereit, die Häfen Memel, Königsberg und Danzig zu Freihäfen auszugestalten, dort Polen weitgehende Rechte einzuräumen und die Errichtung und Benutzung der erforderlichen Hafenanlagen zu sichern. Deutschland lehnt die Losrennung ostpreussischer Gebietsteile von Deutschland ab. Das gleiche gilt in Westpreußen für die Kreise Stuhm, Marienburg, Marienwerder und Rosenburg. Deutschland lehnt die Losrennung der Kreise Memel, Sedletz, Elst und Ragnit, deren überwiegend deutsche Einwohnerschaft niemals Losrennungswünsche bekundet hat, ab. Die deutsche Regierung verlangt, daß in den an Polen abgetretenen Gebieten die bisherigen Angehörigen des deutschen Reiches wirksam geschützt werden, um sie vor Unterdrückung durch die Polen zu bewahren. Bezüglich

Schleswig

schlägt die deutsche Regierung vor, daß die Begrenzung des Abstimmungsgebietes dortselbst nach Süden mit der Linie zusammenfällt, welche die Umschlagelinie der sprachlichen Mehrheit bedeutet, so daß die Gemeinden abstimmen werden, welche in territorialem Zusammenhang mehr als 50 Prozent Dänen enthalten. Die Abstimmung erfolgt gemeinbeweise an demselben Tage. Die Entseftung Helgolands wird zugestanden, dagegen müssen notwendige Maßnahmen zum Schutze der Rikse und der Fischereihäfen aufrechterhalten bleiben.

Zum Schluß erklärt die Denkschrift, daß sich den Alliierten als Bürgschaften wirksamere Mittel als Zwang und Gewalt bieten.

Konzeptionen?

Versailles, 31. Mai. Die Abendblätter sagen nicht nur, daß die Haltung Amerikas satzungsmäßig die sei, auf einen großen Teil der deutschen Vorschläge einzugehen, sondern sie geben noch weitere Einzelheiten. Nach der „Patrie“ und dem „Intransigent“ soll Präsident Wilson bereit sein, die deutschen Vorschläge zu prüfen und bis zu einer gewissen Grenze ihnen entgegenzukommen; sie berichten ferner, daß die höchsten Stellen in Paris bereits darüber beraten hätten, wie weit man Deutschland entgegenkommen könne.

Rein Ultimatum.

Amsterdam, 31. Mai. „Holl. News Büro“ meldet aus Paris: Es soll ein Ultimatum an Deutschland verlesen werden. Unter diesem Gesichtspunkt erfolgt die eingehende Gegenantwort der Alliierten.

Zugehörigkeitsfrage in Bezug auf Obereschlesien?

Versailles, 31. Mai. In einer anscheinend halbamtlichen Meldung schreibt der Temps,

gewisse Mitteilungen aus amerikanischer Quelle deuten an, daß die alliierten und assoziierten Mächte gewillt seien, Deutschland bedeutende Zugeständnisse namentlich hinsichtlich des Schadens von Oberschlesien und der sofortigen Zulassung Deutschlands zum Völkerbund usw. zu machen.

Diese Mitteilung bringt, wie es scheint, die Ansicht maßgebender amerikanischer Persönlichkeiten nicht zum Ausdruck. Allem Anschein nach muß man in ihnen vielmehr das Werk gewisser Privatpersonen erblicken, welche ihre Empfindungen über die von der Regierung der Vereinigten Staaten im Einvernehmen mit den Alliierten verfolgte Politik zum Ausdruck gebracht haben. Es würde sich somit um Persönlichkeiten handeln, welche niemals amtliche Eigenschaften gehabt haben oder solche nicht mehr besitzen.

Ein Versuch zu Gunsten Oberschlesiens.

Versailles, 2. Juni. Der Intransigent bemerkt, daß der Rat der Vier sich wohl noch vor Dienstag ernstlich mit der deutschen Denkschrift beschäftigen werde. Ueber die bevorstehenden Beratungen schreibt das Blatt wörtlich: Wahrscheinlich wird eine von den 4 Regierungen einen Versuch zu Gunsten Oberschlesiens unternehmen, vielleicht auch zu Gunsten der unabhängigen Deutschland in den Völkerbund. Aber die 3 anderen werden wohl geschlossen dagegen stimmen. Im allgemeinen sollen die Blätter den weiteren Verlauf der Dinge so voraussehen, daß Graf Brocchov-Rangau nicht unterzeichnen sondern demissionieren und daß dann die Entente 30-40 km. vormaligeren u. dann würden Ober-Scheidemann unterschreiben und dies sei der Entente nicht einmal so unlieb. Die „Times“ von vorgestern schreiben, die Frage, ob die Deutschen unterzeichnen werden oder nicht, könne nur durch Vermutungen beantwortet werden. Sicher seien die vorbereiteten Maßregeln für den Vormarsch, zu denen auch die Besetzung von Berlin gehöre.

Die 15. Juni?

Rotterdam, 2. Juni. Eine Neuterdepesche von Sonnabend meldet aus Paris: Die deutschen Gegenvorschläge werden von den Alliierten eingehend geprüft werden. Die von Deutschland vorgebrachten Gegengründe erachtet man durch die vorausgegangenen Beratungen der Alliierten zum Teil überholt. Die Beratungen sollen unter allen Umständen so beschleunigt werden, daß der 15. Juni als Endtermin für die Unterzeichnung des Friedensvertrages inne gehalten wird.

Die Ehre des deutschen Volkes.

Berlin, 31. Mai. Durch unsere Gegenvorschläge wird, wie der „Berl. Vol.-Anz.“ schreibt, der Geist der Rache und des Hasses, der aus jeder Zelle des Angebots der Alliierten spricht, betriebeben. Es wird der Grundsatz der Gleichberechtigung und der Gegenseitigkeit durch sie wieder zu Ehren gebracht und damit die Ehre des deutschen Volkes vor der ihm angetanen Schmach bewahrt. Das Gerechtigkeitssinn des Deutschen wird nicht, wie der Vertrag wollte, vernichtet, wenn es auch erstickt wird. Der Feinde liefert Deutschland schließlich die Möglichkeit, früher als in der dritten Generation wieder zu einem selbständigen Weltgroßmächte zu gelangen. Er gibt wenigstens 1/4 Millionen Deutsche ganz schulpfug brutalen Ausrottungsmaßnahmen preis und nach seiner Annahme kann nur das Glück überhaupt nur wiederkehren, wenn die Hoffnung nicht aufgegeben wird, daß mit dem Völkerbund die Gerechtigkeit auf Erden zur allmächtigen Herrschaft gelangt.

Scheidemann bleibt fest.

Kopenhagen, 30. Mai. In der jüngsten Besprechung in Spaaz zwischen Graf Brocchov-Rangau und Scheidemann soll letzterer erklärt haben, daß die deutsche Regierung in diesem Augenblick seitens der Unabhängigen nichts zu befürchten habe und daß sie ihrer Macht sicher sei. Ferner erklärte Scheidemann,

daß Koste auf alles gerichtet sei. Angeht die Umstände hätte die deutsche Regierung die Absicht, den alliierten und assoziierten Mächten in dem Falle die Strafe zu bieten, wenn sie sich weigern sollte, gewisse Konzessionen zu machen, insbesondere hinsichtlich Oberschlesiens und des Saarbeckens. Man würde den Alliierten keinen bewaffneten Widerstand entgegenstellen, aber die deutsche Regierung würde erklären, daß es ihr unmöglich sei, einen Vertrag zu unterzeichnen, den sie als unannehmbar betrachte. Man würde die Alliierten auffordern, selbst die Ausführung der Vertragsklauseln sicher zu stellen und selbst die Rettung Deutschlands zu übernehmen.

Die Reichsregierung an die Ost-Deutschen.
Berlin, 30. Mai. (Amth.) Die Reichsregierung erklärt folgenden Aufruf an die Deutschen im Osten:

Die deutschen Gegenvorschläge sind in Paris überreicht worden. Sie treten mit allem Nachdruck für das Verbleiben der deutschen Landesteile im Osten beim Reich ein. So führen den Nachweis, daß weder Oberschlesien noch Westpreußen, weder Danzig noch Memel von Deutschland losgerissen werden dürfen, daß Einsprüche nicht vorläufig durch die Einräumung eines polnischen Korridors zwischen deutsche Gebiete.

Jetzt heißt es, diese Gegenvorschläge unterstützen und alles vermeiden, was ihre Wirkung beeinträchtigen könnte. Wer heute dem Gegner einen Vorwand für Einmarsch und gewalttätige Besitzergreifung liefert, macht sich gegen seinen Willen zu ihrem Bundesgenossen. Deutsche im Osten! Bewahrt das Reich vor dieser Lebensgefahr durch Ruhe und Disziplin! Bist keine unruhigen Köpfe das Schicksal Deutschlands und vor allem des deutschen Ostens gefährden! Verhandlungen, nicht Kampf! Das muß jetzt die Parole sein! Werden unsere Gegenvorschläge abgelehnt, so wird die Reichsregierung ihre Forderungen für Reich und Deutschland so lassen, wie es für das Leben des ganzen Volkes notwendig ist! Wir kennen unsere Verantwortung für die Gegenwart und Zukunft!

Eine verbotene Kundgebung der Obersten Heeresleitung.

Berlin, 2. Juni. Die Oberste Heeresleitung hat am 21. Mai eine Kundgebung abgehalten, um ein klares Bild darüber zu bekommen, wie die Bevölkerung zu einer etwaigen Wiederaufnahme des Krieges Stellung nimmt. Als die Reichsregierung davon Kenntnis erhielt, telegraphierte sie sofort an die Oberste Heeresleitung, daß sie diese Kundgebung nicht billige und am sofortige Einstellung ersucht.

Darauf hat die Oberste Heeresleitung die Kundgebung sofort eingestrichelt. Sie teilt dazu mit, daß sie von zahlreichen Kundgebungen und Protesten aller Art überhäuft worden sei, woraus für einen oberflächlichen Beobachter der Eindruck gewonnen werden konnte, als ob das Volk und das Heer zum Kampfe entschlossen wäre und diesen Kampf auch gegen den Willen der Reichsregierung aufnehmen würde. Aus diesem Grunde mußte sie sich durch eine Kundgebung über die neuerliche Stimmung unterrichten.

Offiziell wird dann weiter betont, daß auch die Reichsregierung die Sicherung in den Ostprovinzen in keiner Weise vernachlässigen wird.

Polen wünscht eine Volksabstimmung.

London, 31. Mai. Wie der „New York Herald“ erzählt, beginnt man in Kreisen der Konferenz der Ansicht zu sein, sofort an die endgültige Ausarbeitung des Friedensvertrages zu gehen, sobald Deutschland unterzeichnet hat. Der Vertrag zwischen den Verbündeten und Polen ist nahezu vollendet. Gleichzeitig ist der Vertrag mit der Tschecho-Slowakei, Jugoslawien und Rumänien in das Stadium der Vollendung getreten. Es bestätigt sich, daß Polen eine Volksabstimmung für alle Gebiete im Osten wünscht.

Große militärische Vorbereitungen der Polen.

Berlin, 2. Juni. Aus Schnellmeldung wird gemeldet: Die militärischen Vorbereitungen der Polen an der Demarkationslinie werden eifrig fortgesetzt. Warschauer Blätter schreiben, daß das Beispiel der Belgier, die von ihnen beanspruchten Gebiete vor Unterzeichnung des Vertrages zu besichtigen, Nachahmung durch die Polen finden mußte.

Ein neuer Rheinbund?

Aus dem besetzten Gebiet liegen einige Meldungen vor, die darauf schließen lassen, daß Frankreich seine neue Rheinbundpolitik mit größter Energie und Eile betreibt. In Coblenz soll Sonntag von einem namenlosen Arbeiterausschuß die rheinische Republik ausgerufen worden sein. Außerdem soll die Ausarbeitung einer parlamentarischen und einer konstitutionellen Re-

publik stattgefunden haben. Inwieweit diese Behauptungen von Erfolg begleitet gewesen sind, läßt sich noch nicht übersehen.

In Westbalden und Mainz sind Plakate angebracht worden, in denen die Rheinische Republik ausgerufen wird. In Mainz sind die Arbeiter daraufhin in den Generalkrieg eingetreten.

Der Friede für Oesterreich.

Aus Paris wird gemeldet: Die Delegierten aller Länder, die sich mit Oesterreich Ungarn im Kriege befinden, stellen im Auswärtigen Amt eine gemeinsame Sitzung ab. Es wurde beschlossen, die Bedingungen am Montag oder am Mittwoch zu überreichen.

Die Kurden und die Afghanen befinden sich in Aufruhr gegen die englische Herrschaft.

Vokales u. Provinzielles.

Sobran D. C., den 3. Juni 1919.

§ (Die Kavallerie-Abteilung Poesl) ist mit der ihr angegliederten Radfahrer-Abteilung gestern vormittag nach 10 tägiger Abwesenheit als Grenzschutz wieder in unserer Stadt eingetroffen, freudig aufgenommen und begrüßt von der Bürgerchaft, besonders auch von anderer Jugend.

§ (Der Sonntag-Eisenbahnverkehr), welcher bekanntlich seit längerer Zeit eingeschränkt war, vollzieht sich vom 1. Juni ab wieder wie an Wochentagen.

§ (Keine Reiseerlaubnis ohne mehr.) Vom 1. Juni d. Js. ab wird das Reiseerlaubnisverfahren aufgehoben. Fahrkarten jeder Art werden wiederum ohne Nachweis der Dringlichkeit ausgegeben.

§ (Ein Wohltätigkeitskonzert) veranstaltete am 2. Pfingstfeiertag nachm. 4 Uhr im Schießhaus der Verein der Kriegsverletzten und Kriegsteilnehmer zum Behen der bedürftigen Kriegsbekämpften in Sobran. Die Musik wird ausgeführt von der Hybnitz Regimentskapelle. Mit Rücksicht auf den guten Zweck und die vorzüglichen musikalischen Leistungen der Kapelle darf mit einem regen Besuch des Konzerts gerechnet werden.

§ (Das zweite Operetten-Spiel) des Entenbades vom Gleiwitzer Stadttheater findet hier am Mittwoch den 11. Juni im Schützenhaus Saale statt. Zur Aufführung gelangt „Schwarzwaldbäuer“, Operette in 3 Akten von Von Z. sel. Nachmittags Kinder-Vorstellung: „Dornröschen“.

§ (Das 7000. Sparsbuch) ist dieser Tage durch die hiesige städtische Sparkasse ausgefertigt worden. Die Sparslust ist trotz der unruhigen Zeit eine rege. Daß das Geld am sichersten in einer Sparkasse ist, möge sich jeder gesagt sein lassen.

§ (Wettwettbewerb.) Das Schimonst'sche Wohnhaus in der Breitenstraße hat Herr Osenfmeister S m u c h für 28000 Mark käuflich erworben.

§ (Ein taubstummes Paar) hat heute vor dem hiesigen Standesamt den Bund fürs Leben geschlossen.

§ (Einbruchdiebstahl.) In dem Fleischermeister E d u a r d v a m e l ' s c h e n Wohnhaus in der Maurerstraße, dessen Besitzer mit seiner Familie seit längerer Zeit abwesend ist, haben in einer der letzten Nächte Einbrecher gehaust. Kommode, Schränke etc., Koffer und Kisten wurden gewaltsam aufgerissen, zumteil demoliert. Selbstwische, Bettbezüge und vor allem Lebensmittel, darunter eingekochte Krausen, Fett u. a., wurden von ihnen mitgenommen, und was sie nicht mitnehmen konnten, vernichtet und in der Wohnung herumgestreut. Die Spitzhaken gelangten in die Wohnung, indem sie eine Scheibe vom Hofe aus herauskitteten. Die vorgefundenen Spuren deuten darauf hin, daß halbwitliche Durschen die Einbrecher sein müssen. Hoffentlich gelingt es, ihrer bald habhaft zu werden.

§ (Diebstahl.) In der Nacht von Donnerstag auf Freitag voriger Woche ist vom Felde des Maurermeisters Eras links der Hybnitz StraÙe ein leichter einspanniger Arbeitslastenwagen, welcher dort stehen geblieben war, gestohlen worden. Wie festgestellt wurde, ist in der bet. Nacht um 1/2 12 Uhr ein Mann, welcher als Spitzhabe in Betracht kommt, mit einem Wagen, vor welchen ein kleines dunkles Pferd gespannt war, den Vorübergehenden Weg nach der Stadt und hierauf die Straße in der Obervorstadt heruntergefahren. Ein Privat-Polizeibund, welchen Herr Eras am nächsten Tage aus Deuthen kommen ließ, verfolgte auch diese Spur und alsdann vom Schweinemarkt der Röhrenstraße herunter nach der Niedervorstadt

und Messerstraße, wo sich die Spur am Ausgang der Straße infolge Regenwetters verlor. Der Bestohlene legt auf die Wiedererlangung des Wagens eine Belohnung von 100 M. aus.

§ (Ein polnisches Flugzeug) überflog am Sonnabend die Kreise Hybnitz und Pleß und warf verschiedentlich Flugblätter ab. Ihr Inhalt besagt, daß die Bevölkerung ruhig bleiben soll. Die Abtretung Oberschlesiens an Polen sei garantiert. — Das Gen.-Abo. VI. A. K. meldet: Nordöstlich Larnowitz überschritten die Polen an verschiedenen Stellen mit kleinen Abteilungen die Grenze. Sie entworfen in den dortigen Wäldern einige unserer Forstbeamten bei Ausübung ihres Berufs. Sie wurden von unseren Grenzwachern vertrieben.

§ (Ein Mädchen erschossen.) In G o t t a r t o w i k sind in letzter Zeit auf dortigem Domänenbesitz Tag für Tag Gras- und Fischdiebstähle ausgeführt worden, u. a. wurden die Schleusen der Teiche geöffnet, wodurch ein großer Schaden entstand. Nach mehrfacher Aufforderung um Schutz erschien am Sonnabend nachmittag auf den dortigen Domänenbesitz eine Radfahrer-Abteilung des Grenzschutzes. Auf einer Wiese befanden sich etwa 30 Personen (Männer, Frauen und Mädchen.) Der führende Unteroffizier forderte die flüchtende Menge auf, stehen zu bleiben, um die Personalien der Leute festzustellen. Alle liefen geflos weiter, sodas Warnungsschüsse abgegeben wurden, die unbeachtet blieben. Darauf schoß der Unteroffizier selbst auf die Menge, wodurch die 25-jährige Marie K o n s e l, Tochter des Gattersehneiders Josef Konsej in Nowin, tödlich getroffen wurde. Der Unteroffizier, der das Unglück verursachte, ist in Schutzhaft genommen worden.

§ (Der ober-schlesische Schügenbund gegen den Gewaltfrieden.) Am 29. Mai versammelte sich in Hybnitz der 69. Delegiertentag des ober-schlesischen Schügenbundes, der von den Herren Bismarckshütte, Gleiwitz, Hindenburg, Rattowitz, Saarbrücke, Reobitzsch, Gohel, Ratibor, Hybnitz, Larnowitz und Witz besucht war. Bürgermeister Westram-Ratibor, der Vorsitzende des Bundes, leitete die Verhandlungen, die er mit beweglichen Worten einleitete. Er nahm Bezug auf die gegenwärtigen furchtbaren Verhältnisse. Daß hinsichtlich des Ausgangs des Krieges diese bittere Enttäuschung lag, sei Schuld der Heimat, nicht der Soldaten. Und heute auch hartes Weh durch unsere Herzen, indem der Frieden und nicht nur zu Sklaven machen will, sondern unsere ober-schlesische Heimat zu rauben versucht. Das können und dürfen wir nicht dulden! Deshalb protestiert auch der ober-schlesische Schügenbund aufs schärfste dagegen und keine Mitglieder werden alles aufleben in Wort und durch die Tat, daß Oberschlesien bei Deutschland bleibt und wir nicht in fremde Hände geraten! (Leb. Bravo und Zustimmung.) Die Tagesordnung wurde rasch erledigt: Nach dem Geschäftsbericht zählt der Bund 20 Glieder; das Barvermögen beträgt 5120 M., das Gesamtvermögen einschl. 7400 M. Kriegsanleihe 9828,38 M. Als Ort für den nächsten Delegiertentag wurde Hindenburg gewählt. Für 1919 wird von einem Bundesfest abgesehen, 1920 soll es dann in Gohel stattfinden. Der Schüßengilde gegenüber wurde der Austritt aus dem Bunde genehmigt. Der Beitrag pro 1919 bleibt 25 Hg. In den Vorstand wurde Herr Krämer-Rattowitz neu gewählt. Die Ergänzung der Wahl von Schießrichtern fiel auf die Herren Winkler-Ratibor, Täubner-Witz, Gohel-Gleiwitz und Hudsch-Langschütte. — Im übrigen fanden interne Angelegenheiten zur Beratung.

§ (Deutsche Kundgebung im Koblauer Stadtparlament.) Die Stadtverordneten in Koblau hielten am Sonnabend eine öffentliche Sitzung ab, in der folgende Kundgebung gegen den Gewaltfrieden einstimmig beschlossen wurde: Magistrat und Stadtverordnetenversammlung der Stadt Koblau protestieren einstimmig gegen den Gewaltfrieden, den uns unsere Gegner aufzwingen wollen, und bitten zu verhindern, daß vor allem Oberschlesien, das durch eine mehr als 700-jährige Geschichte mit dem deutschen Reiche verbunden ist und das durch deutsche Kultur und deutsche Arbeit aus einer Gänze zu einem der blühendsten Landstriche des ganzen deutschen Reiches geworden ist, vom deutschen Reiche losgerissen werde. Ganz Oberschlesien muß angezogen und unmittelbar beim deutschen Reiche verbleiben. Wir Oberschlesier deutscher und polnischer Zunge fühlen uns alle als Brüder eines Stammes und wollen wie bisher deutsch bleiben.“ Die Resolution wurde sofort an den Staatskommissar Hürsting weitergegeben.

§ (Weitere Proteste.) Der Sonntag in Gleiwitz tagende ober-schlesische Bezirksrat der sozialistischen Partei Deutschlands hat eine Ent-

schlebung angenommen, in welcher im Namen von 216 600 Wählern flammender Einspruch gegen den Vermögensgleichheitsfrieden und gegen die Fortrennung Oberschlesiens von der Deutschen Republik erhoben wird. Der Aufsatz an Polen bedeutet für den ober-schlesischen Arbeiter die wertvollen und wirtschaftlichen Niederlagen sowie die weitere Festhaltung derselben an das eben abgestrichene kapitalistische Joch. Der Protest fordert von der Regierung, dafür mit allen Mitteln einzutreten, daß Oberschlesien bei der Deutschen Republik verbleibt.

Die 233. Infanterie-Brigade in Danzig sendete gleichfalls einen Protest in ähnlichem Sinne an die Regierung, gleichseitig mit dem Versprechen der Bereitwilligkeit für Oberschlesiens Schutz bis zum Ausschuss einzutreten.

(Der Vollzugsausschuss des Kreisvolksrats des Kreises Rybnik) hat in seiner Sitzung vom 28. d. Mts. beschlossen: Um die Bewohner des Kreises vor Unannehmlichkeiten und event. Schäden anlässlich Hausdurchsuchungen seitens des Militärs zu schützen, wird der Arbeiterrat ersucht, bei solchen Hausdurchsuchungen mit tätig zu sein. In einer jeden solchen Hausdurchsuchung entsendet der örtliche Arbeiterrat 2 Mann. Diese Arbeiterratsmitglieder sind verpflichtet, darauf zu achten, daß den Bewohnern seitens der Soldaten keinerlei Schäden oder Unrecht zugefügt werden. Über die Hausdurchsuchung ist ein Protokoll anzufertigen. Ueber beschlagnahmte Gegenstände muß eine Quittung ausgestellt werden. — Die Arbeiterräte müssen alles versuchen, um die Ruhe und Ordnung in ihrer Gemeinde aufrecht zu erhalten. Die Urheber der Schikanen und Anschläge auf Leben und Eigentum von Mitbürgern sind sofort zu melden. — Die Bewohner sind zu ermahnen, sich unter allen Umständen jeglicher Provokation des Militärs zu enthalten.

(Kommunales aus Rybnik.) In der letzten Stadterordneten-Sitzung wurde der Ausbau des Friedhofes in der Mandowitschen Brauerei zu zwei Wohnungen beschlossen, die an städtische Arbeiter vermietet werden sollen. Den R. K. wurden die Amtszulagen erhöht und zwar nach den Formen, die im ganzen Kreise aufgestellt wurden, von 1000 Mark auf 1200 Mark. Der Magistratssekretär Páze wird zum Obersekretär mit dem Grundhalt von 3000 Mark, Richter bis 4200 Mark befördert, der Polizeikommissar Böhm wird Polizeisekretär mit der Gehaltsklasse der Sekreäre. Sein Grundgehalt beträgt vom 1. April 1919 ab 2000 M. Einige Titelveränderungen sind alsdann bekannt geworden. Namentlich fanden Staatsberatungen statt. Der Etat ist mit solcher Sparsamkeit aufgestellt worden, daß Abschreibungen nicht gemacht werden können und alles im Großen und Ganzen nach dem Entwurf bestehen bleibt. Die Steuerzuschläge wurden von 250 Prozent auf 300 Prozent erhöht und zwar gleichmäßig für die Einkommen-, Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer, sowie für die Betriebssteuer.

(Die Vermögensverzeichnis.) In Anbetracht der Zweifel, wie die statistische Aufzeichnung der kleinen Vermögen zum Ausdruck gelangen, hat der preussische Finanzminister nunmehr folgende Mitteilung zur Weitergabe an die Vorsitzenden der Steuerveranlagungskommissionen und an die Dienststellen ergehen lassen:

Gegenüber hervorgetretenen Zweifeln, welche unter Vermögensgrenze für die Verpflichtung zur Aufstellung der nach der Verordnung vom 13. Januar 1919 vorgeschriebenen Vermögensverzeichnis aufzuheben sein soll, hat sich der Reichsminister der Finanzen dahin ausgesprochen, daß zwar grundsätzlich jede Person die Vermögen im Sinne des Vermögensverzeichnis besitzt, ohne Rücksicht auf dessen Höhe verpflichtet ist, ein Vermögensverzeichnis aufzustellen, daß es aber unbedenklich erscheint, bei Vermögen bis zu 10 000 Mark auf die Aufstellung der Vermögensverzeichnis zu verzichten.

Die Pflichten wurden weiter nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Vordrucke für die Vermögensverzeichnis nicht ohne die mit der Ausgabe betrauten Dienststellen abgeholt sind, und daß eine Zustellung der Vordrucke nicht erfolgen kann.

(Die Frist für die Aufstellung der Vermögensverzeichnis.) Nach einer Bekanntmachung des Reichsfinanzministers kann die Frist für die Aufstellung der Vermögensverzeichnis allgemein bis zum 30. Juni 1919 verlängert werden. Steuerpflichtige mit einem Vermögen von weniger als 10 000 Mark sollen zur Aufstellung und späterer Einreichung eines Vermögensverzeichnis nicht angehalten werden. Bei Wertpapieren (einschl. Schuldverschreibungen) wird auf Eintragung der Kurs- (Streu-) Werte und Gesamtwerte verzichtet. Bei verfallenen

großen Stücken der gleichen Wertpapiere genügt in der Spalte „Stückzahl“ die Eintragung „diverse Stücke.“ Jeder Spalte „Nennwert“ ist unter allen Umständen nicht der Nennwert der einzelnen Stücke, sondern der gesamte Nominalbetrag der betreffenden Wertpapiere anzugeben. **(Die Sicherheit der Kriegsanleihe.)** Der Zentrumsabgeordnete Dr. Dager hat folgende Anfrage gestellt: „Welche schleunigen Maßnahmen gedenkt die Regierung zu ergreifen, um eine weitere Entwertung der Kriegsanleihe und damit eine Erschütterung der Grundlage der deutschen Volkswirtschaft zu verhindern?“ Die Befürchtungen über Annaherung der Kriegsanleihe sind unbegründet. In weiten Kreisen besteht die Befürchtung, daß infolge der Friedensbedingungen der Entente eine Annaherung vorgehen sei und schon die Zinscoupons nicht eingelöst werden. Diese Befürchtung ist unbegründet. Die Reichsregierung hat auch ihre Finanzgegenvorschläge gemacht und dabei die der Kriegsanleihe beizufügen.

(Breslau ohne Zeitungen.) Aus Breslau wird gemeldet: Infolge des Streikrechts konnten die gestrigen Mittag- und Abendausgaben der hiesigen Zeitungen nicht erscheinen. Der Streik dauert fort. Infolgedessen konnten auch heute früh die Zeitungen nicht erscheinen. Die Arbeitsgeber haben sich unter Konventionalstrafe verpflichtet, an ihren Verfassungen festzuhalten.

(Ein Engländer über Oberschlesien.) Der Berliner Korrespondent des „Daily Herald“ teilt seinem Blatt weitere Einzelheiten über die eindrucksvolle Ausdehnung in Oberschlesien gegen Gewalttätigkeiten der Entente mit. Er schreibt, er könne sich nicht vorstellen, daß die Bergwerksgelände Oberschlesiens gesehen habe, mit Bestimmtheit erklären, daß die ernstesten Ereignisse eintreten werden, wenn die Staatsmänner der Allierten die Rechte und Interessen der Bevölkerung, über deren Schicksal sie beschließen, nicht in Betracht ziehen.

(Schwerer Unglücksfall des Oberpräsidenten.) Die Pressestelle des Volksrats in Breslau, Zentralrat für die Provinz Schlesien, teilt mit: Als der Oberpräsident Philipp Freitag früh die Ordnung von in einem Oberrath aufbewahrten Gegenständen vornahm, geriet ein Revolver in seine Hand, den er gefehert glaubte. Der Oberpräsident, der vor langen Jahren in seiner Berufsarbeit den rechten Arm verloren hat, drückte die Waffe, bei dem Versuch, sie zu entladen, an sich. Hierbei entlud sich der Revolver und die Kugel durchschlug den Unterleib. Der herbeigerufene Arzt, Sanitätsrat Weile, legte dem Verletzten den ersten Verband an und veranlaßte seine Lieberführung in die Privatklinik des Gehiltsrats Rittner. Dort erfolgte sofort seine Operation. Glücklicherweise sind eblere Teile nicht verletzt, jedoch Lebensgefahr nicht befreit und die Wiederherstellung des Oberpräsidenten in kurzer Zeit erhofft werden kann.

(Eine „Bomben“-Nachricht aus Polen.) Die Pressestelle des Staatskommissariats für Oberschlesien teilt mit: Der „Robotnik“ in Warschau Nr. 197 vom 25. Mai läßt sich aus Katowice über eine Hungersnot in Schlesien folgendes berichten: Zugleich in Oberschlesien wie Niederschlesien herrscht noch die dagesessene Hungersnot. Alle Lebensmittel sind für das Militär konfisziert, welches in riesigen Massen in der Nähe der polnischen Grenze gruppiert ist. Die Empörung des Volkes ist groß, denn es droht allen Einwohnern der Hungertod. Das beste Zeugnis der Ausgrenzung ist der Beweis, daß in Breslau eine Matte drei Mark kostet. (Kommentar überflüssig.)

(Von einem Schmuggler erschossen.) Aus Danzig wird gemeldet: Sonnabend wurde am Stang'park der Schiffe Halbalt von der 2. Masch.-Gew.-Komp. Reichswehr-Inf.-Regt. Nr. 64 beim Abtransport eines festgenommenen Schmugglers, der Waren nach Polen hinführen sollte, von einem anderen Schmuggler aus dem Hinterhalt erschossen. Er war sofort tot. **Nikolai, 1. Juni.** (Zweite Protestkundgebung.) Zu einer erneuten Protestkundgebung gegen den Gewaltfrieden und die Fortsetzung Oberschlesiens vom Deutschen Reich wurde das Mitglied der Nationalversammlung Dr. Herschel Breslau für Donnerstag abend nach hier als Redner gewonnen worden. Dergleichen die Versammlung im größten Saale von Nikolai stattfand, konnte derselbe die Menge der Erschienenen nicht lassen, sodas eine große Anzahl vor der geschlossenen Saalkür wieder umkehren mußte. Eingeleitet wurde die Versammlung durch Bürgermeister Schweter-Nikolai, der in kurzen Worten ein Bild der Lage zeichnete und dann dem Redner das Wort zu seinen Ausführungen erteilte. Rechtsanwalt Herschel verbreitete sich in mehr wie einstufiger Rede über die Zukunft Oberschlesiens, falls dem Willkürparagrafen der Abtrennung unserer engeren

Heimat kaltgegeben würde. Nicht nur vom Standpunkt des deutschen Volkes, sondern auch besonders vom Standpunkt des Oberschlesien selbst, bewies er, daß das Interesse aller Kreise und aller Schichten des schlesischen Proletts gegen die Vergewaltigung unseres Heimatlandes bedauerlich wüßte. Arbeiter und Bäuer, Kaufmannstand und Kleinverdienende, Industrie und Landwirtschaft, sie alle hätten unter einer Fortsetzung schwer zu leiden, und er bewies, daß alle die Versprechungen eines kommenden goldenen Zeitalters unter polnischer Herrschaft, wie müßige Steuerbelastung, gute Lebensmittelversorgung und kulturelle Erhebung des Landes bei näherem Zusehen wie schillernde Seitenblatten zerplöge. Seine Rede klang an in einem Appell an alle Parteien und alle Schichten der Bevölkerung, trennende Unverschiedenheiten zu setzen und sich einzig zusammenschließen in die Stunde der Not und Gefahr. Witsch von Zustimmung und Bravorufen unterbrochen, löste seine Rede zum Schluß folgenden Beschlus aus und eine scharfe Resolution gegen den Verbündungsfrieden und die Abtrennung Oberschlesiens fand von der ca. tausendköpfigen Versammlung einstimmige Annahme. Mit dem Gesang „Deutschland, Deutschland über alles“ fand die imposante Kundgebung ihren Abschluß.

Ergebnis.

In der letzten Arbeiterrats-Sitzung hat ein Mitglied (nach dem Bericht des „Oberschl. Wanderers“ in Nr. 123) erklärt, daß die Wahlen für den Arbeiterrat öffentlich ausgeschrieben waren und die Bürger es verabsäumten, sich am Wahltag zu beteiligen. Da eine solche Veröffentlichung hier nicht bekannt ist, muß diese Erklärung, solange nicht das Gegenteil erwiesen ist, als unwahr hingestellt werden.

X, im Namen der hies. Einwohnerschaft. (In unserem Blatte ist eine detaillierte Veröffentlichung, wie wir vorausschicken wollen, nicht erfolgt. D. Red. des Stadtbl.)

Ausordnung.

Auf Grund des § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 und § 1 des Gesetzes betreffend Abänderung dieses Gesetzes vom 11. Dezember 1915 wird im Gerichtsbezirk mit dem Staatskommissar für den Regierungsbezirk Döpln für das Gebiet des Belagerungsgebietes folgendes verordnet:

§ 1. Der Oberste (polnische) Volkerrat, Unterkommissariat für Schlesia in Danzig O. B. wird angehalten.

§ 2. Seine Mitglieder sind verboten, unter irgend einer Bezeichnung in Aufsätzen, Erlassen, Bekanntmachungen, Flugblättern oder einer sonstigen Form sich an die Bevölkerung zu wenden.

§ 3. Es wird ferner die Neugründung jeder Einrichtung verboten, die im Namen einer politischen Körperschaft oder einer politischen Vertretung eine Tätigkeit im Sinne des § 2 entfaltet.

§ 4. Die ergrangenen Verbote dürfen der Bevölkerung nur in folgender Form bekanntgegeben werden: „Der oberste Volkerrat, Unterkommissariat für Schlesia und die Tätigkeit seiner Mitglieder, sowie die Bildung von ähnlichen Einrichtungen ist auf Befehl des Kommandierenden Generals VI. A. R. und des Staatskommissars für den Regierungsbezirk Döpln verboten worden.“

§ 5. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf Haft oder auf Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark erkannt werden.

§ 6. Die Verordnung tritt sofort in Kraft. Breslau und Katowice, den 14. Mai 1919.

Der Staatskommissar für den Regierungsbezirk Döpln.

Höring.
Der Kommandierende General des VI. Armeekorps.

J. B. Biele.

Ausordnung.

Auf Grund des § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 und § 1 des Gesetzes betreffend Abänderung dieses Gesetzes vom 11. Dezember 1915 bestimmte ich im Gerichtsbezirk mit dem Staatskommissar für den Regierungsbezirk Döpln für das Belagerungsgebiet:

§ 1. Plakate, Flugblätter, Flugblätter, Handzettel und ähnliche nicht periodisch erscheinende Schriften sowie neue, periodisch erscheinende Blätter dürfen nur dann genehmigt, öffentlich verkauft, verteilt oder sonst verbreitet werden, wenn die Ortspolizeibehörde die Erlaubnis dazu erteilt hat.

§ 2. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf Haft oder auf Geldstrafe bis fünfzehnhundert Mark erkannt werden.

§ 3. Diese Anordnung tritt an die Stelle der Anordnung des Staatskommissars vom 29. April 1919 und ist sofort wirksam.

Breslau, den 15. Mai 1919.

Der Staatskommissar für den Regierungsbezirk Döpln.

Höring.
Der Kommandierende General des VI. Armeekorps.

J. B. Biele.

Bekanntmachung.

Für die Unterbringung des Kriegshaus werden ca. 20 Bürgerquartiere benötigt. Bürger, welche bereit sind, Quartiere freiwillig zu gewissem Zweck herzugeben, werden dringend gebeten, sich bei uns - Zimmer 4 - zu melden. Coblenz OS., den 3. Juni 1919.
Der Magistrat. Reiche.

Bekanntmachung.

Bei allen Kaufleuten werden auf Grund der letzten Handelskassen Forderungen wie folgt verkauft:

- Familien von 1-3 Köpfe = 1 Stck.
 - " " " " 4-8 " " = 2 "
 - " " " " über 8 Köpfe = 3 "
- (je Stck 60 Pfg.)

Die Bevölkerung muß also die Ortsteile bei denselben Kaufleuten abgeben, bei welchen sie das letzte Mal die Ortsteile bezogen hat.

Für die laufende Woche wird in den bekannten Futterkaufstellen gegen Abschalt q der Futterkarte verkauft:

- 80 gr Margarine (1 Portion 36 Pfg.)
 - 250 gr Runkelrüben, 50 gr amerik.
 - Schweine-Schmalz (1 Portion 60 Pfg.)
 - 50 gr Speisefett (1 Portion 60 Pfg.)
- Die Speisg-Abschalt q sind bis Mittwoch den 4. d. Mts. nachmittags 6 Uhr abzugeben.

Gegen 1 Abschalt der Kranken-Nährmittel-Karte wird bei den Kaufleuten Kess und Borriackl 1/2, Tafel Schokolade und 1 Pck Schokoladenpulver verkauft.

Die Speisg-Abschalt sind bis Mittwoch den 4. d. Mts. nachmittags 4 Uhr bei den betr. Kaufleuten abzugeben.

Die Ausgabe der Waren findet am 7. d. M. statt.

Da alle Brot-Selbstverfoger wird bei Herrn Kaufmann Th. Bolczek je Kopf ein Pfund Kaffee-Ertrag (1 Pfd. 1,16 Mk) verkauft.

Gegen 4 Abschalt:

- a) der Abwehrkarte - bis zu 2 Jahren -
 - b) " " " " - von 2-4 Jahren und
 - c) der Kranken-Erzieh-Karte
- wird bei den Kaufleuten Imola und Kess Weizen-Ertrag verkauft und zwar je Abschalt 125 gr = 500 gr.
- Die Speisg-Abschalt sind bis zum 4. d. M. bei den gew. Kaufleuten abzugeben.
- Die Waren-Ausgabe findet am 7. d. Mts. statt.

Karmelade wird, soweit der Vorrat in den Futterkaufstellen ausreicht, unbeschränkt und ohne Marken verkauft.

Als Ersatz für leider noch ausstehende Kartoffeln werden bei den Kaufleuten D. Schlorer und Luback Gälsefrüchte (je Pfd. 90 Pfg.) und zwar gegen den Wochen-Abschalt 26. 5. - 1. 6. 19 und 2. 6. - 8. 6. 19 der neuen Kartoffel-Speisg-Karte je Kopf und Woche 150 gr, also 300 gr, sowie 125 gr ausländisches Weizenmehl (1 Pfd. 1,50 Mk.) verkauft.

Die Speisg-Abschalt sind bestimmt bis Mittwoch den 4. d. Mts. mittags bei den gew. Stellen abzugeben.

Die Waren-Ausgabe findet am 7. d. Mts. statt.

Der amerikanische Exped wird in dieser Woche erst am Sonnabend den 7. d. Mts. bei den hiesigen Fleischern zum Verkauf gelangen. Menge und Preis werden durch Aushang in den Verkaufsstellen bekannt gegeben. Coblenz OS., den 2. Juni 1919.

Der Lebensmittel-Ausschuss.

Bekanntmachung.

Wir suchen zum baldigen Antritt einen zuverlässigen Nachtwächter. Meldungen sind an uns zu richten. Coblenz OS., den 30. Mai 1919.
Der Magistrat. Reiche.

Dunkelbrauner Glacéhandschuh rechts, mit 2 Druckknöpfen versehen worden. Gegen Belohnung abzugeben in der Exped. d. Bl.

Heu und Stroh

ist stets zu haben bei Brysch.

Dienstmädchen

wird für sofort gesucht. Von wem? sagt die Exped. d. Bl.

4 Bilder und 1 Spiegel

sind zu verkaufen. Von wem? sagt die Exped.

Bekanntmachung.

Die Zwischenscheine der IX. Kriegsanleihe

für die 4 1/2% Schaگانweisungen können vom 4. Juni ab, für die 5% Schuldverschreibungen vom 23. Juni d. Js. ab in die endgültigen Stücke mit Zuschlägen umgetauscht werden.

Der Umtausch findet bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankankassen mit Kassenrichtung bis zum 5. Dezember 1919 die kostenfreie Vermittlung des Umtausches. Nach diesem Zeitpunkt können die Zwischenscheine nur noch unmittelbar bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“ in Berlin umgetauscht werden.

Die Zwischenscheine sind mit Bezugsnummern, in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummernfolge geordnet einzutragen sind, während der Vormittagsbesprechungen bei den genannten Stellen einzureichen; Formulare zu den Bezugsnummern sind bei allen Reichsbankankassen erhältlich.

Firmen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine rechtlich oberhalb der Stücknummer mit ihrem Firmenstempel zu versehen.

Von den Zwischenscheinen der früheren Kriegsanleihen ist eine größere Anzahl noch immer nicht in die endgültigen Stücke umgetauscht worden. Die Inhaber werden aufgefordert, die Zwischenscheine in ihrem eigenen Interesse möglichst bald bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, zum Umtausch einzureichen. Berlin, im Juni 1919.

Reichsbank-Direktorium.

Habenstein. v. Grimm.

Vertragsgefuch.

Witwer, Rentnier, 53 Jahre alt, sucht auf diesem Wege nach Lebensgefährtin im Alter von 35-45 Jahren. Offerten unter X Y 100 an die Exped. d. Bl.

Donnerstag den 12. Juni d. Js., nachmittags 3 Uhr

wird die

Grasnutzung auf dem Kirchenteich (Roseteich) Kreuzdorf an Ort und Stelle melldietend gegen Barzahlung verpachtet. Warschau, den 3. Juni 1919.

C. Bronny und Fr. Sleziona, Zeichpächter.

Dom. Kreuzdorf

verpachtet am Sonnabend den 7. Juni, nachmittags 4 Uhr

eine Wiese u. Teichränder.

Sammelort im Gutshaus.

Abgelassene, leichte

Holz-Fußböden

werden wieder schön mit Theoritfarbe. In Wasser gelöst, firecht. Paket Mk. 3,50 franco Nachnahme, reicht für 3 Zimmer. Viele mehr.

Allein-Verfasser:
Max Krüger,
Chem. techn. Produkte,
Dresden A,
Ziegelstraße 59.

Bei Hautjucken

Flechte, Krätze, auch Weinge-
schwüre sofort schreiben.

Kostenfreie Auskunft.
Hugo Heinemann,
Vornhausen bei Ogersleben.
Rückmarke erwünscht.

Reichenberger's Zahn-Atelier

Coblenz OS., Ring 129.

Sprechstunden:

Vormittags von 8-12 Uhr,
Nachmittags von 2-6 Uhr,
Sonntags von 9-12 Uhr.

30 Stück junge Gänschen

verkauft **Franz Pollok, Neudorf.**

Gefucht möbliertes Zimmer ohne Pension von Fräulein. Offerten an die Exped. d. Bl.

Suche für sofort ein tüchtiges ehrliches Dienstmädchen. Näheres in der Exped. d. Bl.

Eine Stube, möbl. oder unmöbl., zu mieten gesucht. Von wem? sagt die Exped. d. Bl.

Vereln der Kriegsverletzten und Kriegsteilnehmer Coblenz und Umgegend.

Mitgliederversammlung

Mittwoch, den 4. Juni, abends 9 Uhr im Schützen'schen Restaurant.
Der Vorstand.



Freiw. Feuerwehr.

Donnerstag den 5. Juni, abends 7 1/2 Uhr: **Übung.**

Bei schlechtem Wetter findet die Übung im Gerätehuppen statt. Unentschuldigtes Ausbleiben wird mit 5 Mk Ordnungsstrafe bestraft.

Sehhard, Brandmeister.

Ich bin

unter Nr. 5

an das Fernsprechnetz Coblenz angeschlossen. Ebenso befindet sich

das Kontor

vom heutigen Tage ab in meinem Hause Friedrichstraße 10/11.

R. Nawroth, Bierverlag.

Ablerrad

mit Bereifung steht zum Verkauf bei Engelmann, Rischgowka.

Jeden Tag frischer Flieder

zu haben bei

Gastwirt Iglar.

Eine belgische GÄstin

mit 6 Wochen alten Jungen verkauft **A. Chudalla.**

Ein Laden mit Wohnung zum 1. Juli zu mieten gesucht. Offerten unter „Laden 40“ an die Exped. d. Bl.

„BURNUS“
wäscht Wäsche wunderbar.
(D. R. P.) Gen. K. A. 2053

Hausfrauen!
Die Wäsche weicht in Burnus ein, dann wird sie spielend weiss und rein.
Vertretung: Hermann Schindler, Beuthen OS., Piekarerstr. 40.
Hersteller: Chem. Fabrik Röhms & Haas in Darmstadt.